

Handlungsziel	CDU / CSU	SPD	DIE LINKE	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Schule	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von mehr Durchlässigkeit zwischen den Schultypen. - Gymnasien sollen erhalten bleiben. - Einführung eines Rechtsanspruchs auf bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter. - Über Weiterbildung von Lehrern und Lehrerinnen sollen die digitalen Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen gefördert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Eine „Nationale Bildungsallianz“ (vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes) soll geschaffen werden - Über ein Schulmodernisierungsprogramm sollen Schulen barrierefrei und modern ausgestattet werden. - Setzen sich für einen flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote ein. - Einführung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung. - Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ soll fortgesetzt werden. - Förderung von digitaler Bildung. - Wollen gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit ausbauen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung einer inklusi-ven Gemeinschafts-schule für alle. - Lehrmittelfreiheit - kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule - kostenfreie Beförderung von Schülern und Schülerinnen zur Schule - Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. - Jugendsozialarbeit soll an jeder Schule zum festen Bestandteil von schulischer Arbeit werden. Hierfür wird eine Verankerung des Angebotes im Kinder- und Jugendhilferecht gefordert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Setzt auf eine Anhebung der Bildungsausgaben sowie eine umfassende Modernisierung des Bildungssystems. - Förderung der Eigenständigkeit von Schulen über die Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal. - Schaffung einheitlicher Bildungsstandards. - Einführung einer Unterrichtsgarantie für Schüler. - Einführung von Bildungsgutscheinen für die Finanzierung des gesamten Bildungssystems. - Spricht sich für ein Teilhaberecht von Flüchtlingen am Unterricht aus. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die kulturelle Bildung in Schulen und anderen Einrichtungen soll gestärkt werden. - Wollen sich konsequent für einen Ausbau des möglichst langen gemeinsamen Lernens einsetzen. Das Kooperationsverbot soll aufgehoben werden. - Es sollen mindestens 7 Prozent der Wirtschaftsleistung in allgemeine Bildung und mindestens 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Handlungsziel	CDU / CSU	SPD	DIE LINKE	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Sprechen sich für eine Stärkung der dualen Ausbildung in Betrieb und Schule aus. Diese soll vor allem über eine Förderung der höheren beruflichen Bildung erfolgen (z. B. über die Einführung eines Meisterbonus). - Wollen junge Menschen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Abschluss nachqualifizieren. - Schulgeld für bestimmte Ausbildungen im mittleren medizinischen Bereich sollen abgeschafft werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Es soll ein flächendeckender Ausbau von Jugendberufsagenturen erfolgen. - Setzen sich für Mindestausbildungsgütung ein. - Es soll eine Ankündigungsfrist für Arbeitgeber eingeführt werden, wenn Auszubildende nach Abschluss der Ausbildung nicht übernommen werden. - Eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz soll als Ziel weiter verfolgt werden. - Die assistierte Ausbildung soll bundesweit ausgebaut werden. - Es soll eine Initiative zum Ausbau der Teilzeitausbildung geben. - Über einen Berufsschulpakt von Bund und Länder soll die Ausstattung der Berufsschulen verbessert werden und mehr gute Lehrkräfte zur Verfügung stehen. - Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) soll novelliert werden. - Es wird eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0 angestrebt. - Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung soll gestärkt werden. - Die Stipendien für Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen sollen verdoppelt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für ein Recht auf gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung für alle aus. - Fordert eine gesetzlich geregelte Mindestausbildungsgütung, die ein Leben unabhängig von den Eltern möglich macht. - Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen muss ein verbindliches Ausbildungsangebot stehen. - Ausbildungsabschlüsse sollen in jedem Alter nachgeholt werden können. - Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) soll grundlegend reformiert sowie ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung eingeführt werden. - Die Lehr- und Lernmittelfreiheit soll im BBiG verankert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung für volljährig Schüler, Auszubildende und Studierende aus. Diese soll über einen Zuschuss von 500 Euro sowie ein Darlehensangebot erfolgen. - Die duale Ausbildung soll ausgeweitet und aufgewertet werden. Hierzu sollen zukünftig alle Ausbildungsberufe mit digitalen Medien unterrichtet sowie das Fach „Informatik“ zum wesentlichen Bestandteil der berufsschulischen Ausbildung werden. - ERASMUS plus, als europäisches Austauschprogramm, soll insbesondere für Auszubildende und junge Berufstätige ausgebaut werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Für eine bessere Integration von Geflüchteten soll der rechtmäßige Aufenthalt während und nach der Ausbildung garantiert und die Vorrangprüfung abgeschafft werden. - Befürworten eine branchen- und regionsspezifische, solidarische Umlagenfinanzierung der Ausbildung. - Wollen eine Mindestausbildungsgütung einführen. - Die Berufsausbildungsbeihilfe soll einfacher in Anspruch genommen werden können und sich in der Höhe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientieren. - Für Jugendliche ohne Ausbildung soll es passgenaue Integrationsstrategien und Weiterbildungsangebote geben. - Für Asylsuchende und Geduldete sollen für die Ausbildung und anschließende Beschäftigung rechtssichernde Aufenthaltstitel geschaffen werden.

Handlungsziel	CDU / CSU	SPD	DIE LINKE	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Studium	<ul style="list-style-type: none"> - Setzt sich für die Schaffung von studentischem Wohnraum ein. - Sprechen sich für einen Masterplan „Medizinstudium 2020“ aus. Über ein verändertes Zulassungs- und Auswahlverfahren soll die Tätigkeit des Allgemeinmediziners attraktiver werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Wollen die Leistungen des BAföG's verbessern (Erhöhung der Fördersätze, späterer Studienbeginn, Teilzeitstudium). - Sprechen sich für einen Hochschulsozialpakt aus (Investitionen in Studierenden- und Ausbildungsheime). 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Zugang zu Hochschulen soll über ein neues Hochschulzulassungsgesetz geregelt werden. - Jede Form von Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass sollen abgeschafft werden. - Die Hochschulen sollen für geflüchtete Menschen geöffnet werden. - Das BAföG soll angehoben, elternunabhängig und rückzahlungsfrei sowie entsprechend der steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. - Es soll einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte geben. 	<ul style="list-style-type: none"> - Streben eine leistungsorientierte Förderung von mindesten 15 % der Studierenden über Stipendien an. - Länderübergreifende Hochschulfinanzierung über Bildungsgutscheine. - Mit der Einführung nachgelagerter Studiengebühren soll ein neuer Generationsvertrag geschlossen werden. Hierbei sollen Studienbeiträge nach Abschluss des Studiums, einkommensabhängig von der Hochschule erhoben werden können. - Gleichwertige Unterstützung freier Schulen. - Online-Zugang zu Lehrmaterialien an öffentlichen Hochschulen. - Setzt auf Digitalisierung der Bildung um eine neue Qualität von Bildung zu erreichen (Stärkung der Medienkompetenz). 	<ul style="list-style-type: none"> - Studienfinanzierung soll neu aufgebaut werden. Dazu soll die Altersgrenze beim BAföG abgeschafft und Teilzeitmöglichkeiten geschaffen werden. Mittelfristig soll sich die Studienfinanzierung auf ein nichtrückzahlungspflichtiges Zwei-Säulen-Modell (Basisbetrag für alle und bedarfsabhängigem Zuschuss) umgestellt werden. Das BAföG soll künftig automatisch erhöht werden sowie eine ortsabhängige Wohnkostenpauschale enthalten. - Studiengebühren werden abgelehnt. - Sprechen sich für einen Bund-Länder-Aktionsplan „Studentisches Wohnen“ aus.

Handlungsziel	CDU / CSU	SPD	DIE LINKE	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Jugendpolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz aus. 	<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz aus. - Setzt auf eine eigenständige Jugendpolitik. - Entwicklung einer jugendpolitischen Gesamtstrategie. - Implementierung eines gesetzlich verankerten Jugendchecks. - Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. - Orte der Kinder- und Jugendarbeit sollen erhalten und ausgebaut werden. - Die EU Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit sollen aufgestockt und in einem permanenten Jugendbeschäftigungsfond gebündelt werden. - Initiierung eines europäischen Mobilitätsprogramms für die Aufnahme einer Ausbildung oder Arbeitsplatzes in der EU. 	<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz aus. - Einsetzung eines Kinder- und Jugendbeauftragten. - Es soll eine selbstbestimmte Jugendpolitik geben. Diese soll u.a. erreicht werden über: <ul style="list-style-type: none"> - Stärkung von politischen und sozialen Selbstorganisationen von Kindern und Jugendlichen - Stärkung ihrer sozialen Rechte sowie ihrer gesellschaftlichen und politischen Teilhabe - Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. 		<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz aus. - Es sollen Vereine der Jugendarbeit gestärkt und Angebote für Jugendliche, wie Jugendzentren, ausgebaut werden. - Wahlalter soll auf 16 Jahre abgesenkt werden.
Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> - Wollen sich dafür einsetzen, dass Menschen in allen Teilen Deutschlands Arbeit und Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes finden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen soll abgeschafft werden. - Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen soll verbessert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Niedriglohnsektor soll über einen Mindestlohn von 12 Euro „trockengelegt“ werden. - Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen soll vereinfacht und verbessert werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Spricht sich für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbener Berufs- und Bildungsabschlüsse aus. - Für Flüchtlinge soll eine Ausnahme beim Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, eingeführt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse sollen schneller und unbürokratischer anerkannt werden. - Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Arbeitsversicherung werden.